

An den  
Oberbürgermeister  
der Stadt  
Markt 1  
26122 Oldenburg

10.5.08

Sehr geehrter Herr Schwandner,

zur nächsten Ratssitzung beantragen wir, den Tagesordnungspunkt

### **Kommunale Sicherungen beim Verkauf von Anteilen der EWE**

zu behandeln.

Dazu stellen wir den folgenden Antrag:

Der Rat beauftragt die Vertreter der Stadt in der Vertreterversammlung und im Verbandsausschuss des Landeselektrizitätsverbandes, darauf hinzuwirken, dass bei einem Verkauf von Anteilen an der EWE die beiden folgenden Bedingungen beachtet werden:  
1. Es dürfen nicht mehr als maximal 24,9 % verkauft werden. 2. Dem Erwerber darf unter gar keinen Umständen ein Vorkaufrecht oder eine Option für den Erwerb weiterer Anteile zugestanden werden.

Begründung:

Da die früheren E.ON-Anteile an der EWE zwar von den Kommunen seinerzeit übernommen, aber nie für die Tilgung der dafür erforderlichen Kredite etwas gezahlt wurde, ist eine Lösung des damit geschaffenen Problems sicher notwendig. Entscheidend ist, dass hierbei der kommunale Einfluss auf das Unternehmen nachhaltig gesichert wird. Ein privater Investor darf keine Sperrminorität von 25 % für wichtige Entscheidungen nach dem Aktiengesetz erlangen können. Schon gar nicht darf ihm durch ein Vorkaufrecht (so laut NWZ EWE-Chef Dr. Brinker) der Mund wässrig gemacht werden, weitere Anteile der kommunalen Hoheit zu entziehen. Wenn unter diesen Bedingungen kein „strategischer Investor“ bereit ist, ist ein Verkauf von weniger als 25 % an der Börse – ggf. auch nur als Vorzugsaktien - die bessere Lösung, weil bei einem Streubesitz keine Gefahr für die bestimmende Macht der Kommunen besteht und der Umfang von weniger als 25 % auch garantiert, dass eine Machtübernahme durch unerwünschte Akteure, z.B. „Heuschrecken“, nicht möglich ist. Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichem Gruß

Hans-Henning Adler  
Fraktionsvorsitzender

